Neue Polit. Lit. (2019) 64:442–443
https://doi.org/10.1007/s42520-019-00109-0

Van Reybrouck, David: Für einen anderen Populismus. Ein Plädoyer, 96 S., Wallstein, Göttingen 2017.

Frank Decker

Online publiziert: 29. Mai 2019
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2019

Noch ein Buch zum Populismus? Das mag sich der geneigte Leser fragen, wenn er auf den Titel dieses schmalen Essays blickt. Tatsächlich ist der Text des belgischen Historikers und Schriftsteller David Van Reybrouck, den der Wallstein Verlag hier in der deutschen Fassung vorlegt, im niederländischen Original schon 2008 erschienen. Vor diesem Hintergrund (aber nur vor diesem) hat es seinen Reiz, die Gedanken des Autors zu einem bereits damals nicht mehr ganz neuen Thema nachzuverfolgen. Denn was Van Reybrouck uns sagen will – dass der Populismus eine nicht nur verdammenswürdige Revolte der einfachen Leute gegen eine abgehobene, besser gebildete Elite darstellt – dürfte heute weniger anstößig sein als vor zehn Jahren. Das Buch rennt mit anderen Worten offene Türen ein; es präsentiert Überlegungen, die im Mainstream der sozialwissenschaftlichen Populismusforschung längst angekommen sind.

Die nachgeschobene Veröffentlichung verdankt sich dem Erfolg eines anderen Essays („Against Elections"), mit dem der Autor 2016 schlagartig bekannt geworden ist. Die herkömmliche Verwirklichung des repräsentativen Prinzips über wiederkehrende Wahlen wird dort grundsätzlich infrage gestellt. An deren Stelle beziehungsweise deren Seite müssten Verfahren der Zufallsauswahl (durch das Los) treten, die der demokratischen Gleichheit der Bürger besser entsprechen würden und dadurch auch für eine gerechtere Berücksichtigung der Interessen innerhalb der Bevölkerung sorgten. Diese These war ebenfalls nicht neu, löste aber in der Fachöffentlichkeit erstmals eine breite Debatte aus. Sie wird durch den Populismus-Essay vorweggenommen, dessen zentrale Botschaft und Erkenntnis darin besteht, dass die Geringqualifizierten in den Parlamenten und politischen Entscheidungsprozessen kaum mehr vertreten sind.

Die Belege dafür entnimmt Van Reybrouck vor allem den Niederlanden und Belgien. Für den belgischen Fall ist das insofern problematisch, als dass hier bekanntermaßen eine Wahlpflicht besteht, die eigentlich automatisch zu einer gleichmäßigeren Interessenrepräsentation führen müsste. Wenn der Autor den gestiegenen Anteil der „Wahlschwänzer" (von 5 Prozent 1977 auf 9 Prozent 2007) als „Erdrutsch" apostrophiert, kommt einem das im Vergleich zu den dramatisch gesunkenen Wahlbeteiligungen in anderen europäischen Ländern merkwürdig vor. Macht die Wahlpflicht

F. Decker (✉)
Bonn, Deutschland
E-Mail: frank.decker@uni-bonn.de

also überhaupt keinen Unterschied? Wer sich Antworten auf diese Fragen erhofft, sollte das Buch rasch beiseitelegen, da sich Van Reybrouck um eine gründliche empirische Beweisführung nicht bemüht. Auch die Unterschiede innerhalb der rechts- und linkspopulistischen Parteienfamilien interessieren ihn wenig.

Ein Blick in den Anmerkungsapparat zeigt, dass Van Reybrouck die bis Mitte der 2000er Jahre bereits reichlich vorhandene internationale Forschungsliteratur zum Populismus ignoriert. Die Beobachtung, dass sich in unseren Gesellschaften heute eine neue kulturelle Bruchlinie auftue, die die Eliten von den Massen trenne und Teile der letzteren den populistischen Parteien zutreibe, kann so leicht als neue Erkenntnis ausgegeben werden. Über die Konflikte, die diese Bruchlinie ausmachen und dem diagnostizierten Vertrauensverlust in die politischen Eliten zugrunde liegen, erfährt man so gut wie nichts – das gilt vor allem für die Migrationsfrage, die sich wiederum mit klassischen verteilungspolitischen Fragen verquickt. Nicht von ungefähr sind die rechtspopulistischen Parteien gerade in den wettbewerbsstarken Volkswirtschaften am erfolgreichsten, die neben einer hohen Zahl von Zuwanderern zugleich ein hohes Niveau sozialstaatlicher Absicherung aufweisen.

Die ans Ende gestellten Überlegungen zum Verhältnis von Populismus und Demokratie geraten zu einseitig. So richtig es ist, dass ein demokratischer Populismus dazu beitragen kann, „der Basis der Demokratie, dem Konflikt, wieder neues Leben einzuhauchen“ (S. 79), so fahrlässig wäre es, den Populisten von vornherein demokratische Prinzipientreue zu unterstellen. Die Erfahrungen nach der Machtübernahme populistischer Kräfte in Ungarn oder Polen beweisen das Gegenteil. Auch der Hinweis des Autors auf die „inklusiven“ Wirkungen eines aufgeklärten, empathischen Populismus, den er zum Beispiel bei Barack Obama verortet, wird man nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten nicht gerade als prophetisch bezeichnen können. Van Reybroucks Plädoyer endet mit dem Satz, dass wir uns um die Geringqualifizierten, die einheimischen wie die zugewanderten, besser kümmern sollten (S. 84). Wer wollte dem widersprechen?

Der Essay hinterlässt so am Ende einen eher schalen Beigeschmack. Vor zehn Jahren, als das Aufkommen der AfD noch nicht absehbar war, hätte er in der Bundesrepublik zweifellos eine „aufklärerische“ Wirkung gehabt. Nachdem, was wir heute wissen, hält sich der Erkenntnisgewinn nach der Lektüre jedoch in überschaubaren Grenzen. Der Text eignet sich somit bestenfalls als Einstiegslektüre für diejenigen, die sich mit dem Populismusphänomen bekannt machen möchten und dabei einen nicht streng wissenschaftlichen Zugang bevorzugen.